



NABU-Bundesgeschäftsstelle · Charitéstraße 3 · 10117 Berlin

Offener Brief

Herr Bundeskanzler Olaf Scholz
Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten

Pakt für Planungs- Genehmigungs- und Umsetzungsbeschleunigung darf nicht zu einer Entkernung des Naturschutzes führen

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,

sehr geehrte Ministerpräsidentinnen, sehr geehrte Ministerpräsidenten,

der von Ihnen gemeinsam geplante "Deutschland-Pakt" verfolgt das Ziel, „unser Land von Grund auf schneller, moderner und sicherer zu gestalten.“ Dieses Ziel unterstützen wir ausdrücklich.

Wir wehren uns aber entschieden gegen eine Reihe der vorgeschlagenen Maßnahmen, die Deutschland unserer Einschätzung nach verwundbarer, unsicherer und ungesünder machen würden. Der NABU ist alarmiert von Vorschlägen, die den Schutz und die Wiederherstellung der Biodiversität und damit unserer Lebensversicherung gegen die Auswirkungen der Klimakrise einer vermeintlichen Beschleunigung und dem Versuch Handlungsfähigkeit zu demonstrieren opfern. Wir lehnen dabei insbesondere den Abbau von Umweltstandards und Beteiligungsrechten ab, die bisher zu Qualität, Akzeptanz und Rechtssicherheit von Planungen in unserem Land entscheidend beitragen.

Es ist unstrittig, dass Deutschland angesichts vielfältiger Herausforderungen vor gewaltigen Transformationsaufgaben steht, die mit völlig neuer Dynamik und auch einem gesunden Pragmatismus angegangen werden müssen. Dies betrifft insbesondere den Aufbau von Infrastruktur, die dem Klima- und Ressourcenschutz dient, selbstverständlich aber auch den Erhalt und Ausbau von Einrichtungen der Daseinsvorsorge. Der Entwurf des Pakts enthält dazu einige begrüßenswerte Ansätze, die dem Erhalt unserer Lebensqualität und unseres Wohlstandsniveaus dienen können.

Bei einer unveränderten Verabschiedung des vorliegenden Entwurfes zum Pakt, würden Sie Wohlstand und Lebensqualität aber zugleich schweren Schaden zufügen. Diese basieren auf einer intakten Umwelt. Nur intakte Ökosysteme versorgen uns mit frischem Trinkwasser, Sauerstoff zum Atmen, Nahrungsmitteln und Gesundheitsvorsorge, und stellen uns so kostenfrei unsere Lebens- und Wirtschaftsgrundlagen zur Verfügung. Entsprechend folgerichtig und wissenschaftlich vielfach belegt ist die Notwendigkeit, diese Schutzgüter mit ihren Ökosystemleistungen gesetzlich zu schützen. Dies ist bis heute nur unzureichend gelungen – auch, weil der Nutzungsdruck aufgrund unserer Lebensstile und Wirtschaftsweise immer weiter zunimmt. Wir bewegen uns auch in Deutschland

Bundesgeschäftsstelle

Jörg-Andreas Krüger
Präsident

Tel. +49 (0)30.28 49 84-11 33
Fax +49 (0)30.28 49 84-31 00
nabu-praesident@nabu.de

Berlin, 6.10.2023

NABU – Naturschutzbund Deutschland e.V.

Charitéstraße 3
10117 Berlin
Telefon +49 (0)30.28 49 84-0
Fax +49 (0)30.28 49 84-20 00
NABU@NABU.de
www.NABU.de

Geschäftskonto

Bank für Sozialwirtschaft
IBAN DE06 3702 0500 0008 0518 00
BIC BFSWDE33XXX
USt-IdNr. DE 155765809

Spendenkonto

Bank für Sozialwirtschaft
IBAN DE65 3702 0500 0008 0518 05
BIC BFSWDE33XXX

Der NABU ist ein staatlich anerkannter Naturschutzverband (nach § 63 BNatSchG) und Partner von Birdlife International. Spenden und Beiträge sind steuerlich absetzbar. Erbschaften und Vermächnisse an den NABU sind steuerbefreit.

längst außerhalb der ökologischen Belastungsgrenzen und riskieren irreversible Schäden an unseren natürlichen Lebensgrundlagen. Nicht auszudenken ist, wo wir heute ohne die Errungenschaften von Bürger*innenbeteiligung, Umweltverträglichkeitsprüfung, Zugang zu Gerichten für Umweltverbände und den verpflichtenden Ausgleich von Eingriffen in Natur und Landschaft stünden. Entsprechend hoch ist der Wert, den wir und sehr viele Menschen in Deutschland Umweltstandards, Beteiligungsmöglichkeiten und der gerichtlichen Überprüfungen beimessen.

Wir kritisieren daher auf das Schärfste, mit welcher wissenschaftsfernen Ignoranz und Vehemenz derzeit die Axt an Grundpfeiler des Umweltrechtssystems gelegt werden soll, das in den letzten Jahrzehnten entwickelt, demokratisch beschlossen, in der Praxis umgesetzt und fortlaufend optimiert wurde. Öffentlichkeit, Umweltverbände und Zivilgesellschaft insgesamt brauchen die Möglichkeit, auf Konflikte mit dem Natur- und Artenschutz im Zuge von Planungsverfahren frühzeitig hinweisen zu können und im Zweifel geltendes Recht auch gerichtlich durchzusetzen, als Anwälte der Natur und der Belange künftiger Generationen. Beides hat in der Vergangenheit häufig fehlerhafte Planungen in ihrer Qualität und Akzeptanz vor Ort verbessert und Rechtsunsicherheiten für Investoren beseitigt.

Als besonders problematisch sehen wir insbesondere die folgenden Punkte an:

- Die Schwächung von Umweltverträglichkeitsprüfung und Artenschutz durch Ausweitung der Ausnahmen und geringe Standards
- Den Wegfall des Genehmigungserfordernisses
- Die Streichung des Erörterungstermins
- Die Ausweitung von Fristverkürzungen und Genehmigungsfiktionen
- Die Einführung weiterer Legalplanung
- Eine Verschärfung der Präklusion
- Den vermehrten Einsatz vorzeitigen Maßnahmenbeginns und von Teilgenehmigungen
- Die Ausweitung gerichtlicher Kompetenzen

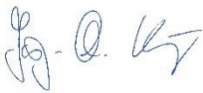
Das zentrale Problem ist für uns neben der drastischen Reduzierung der Öffentlichkeitsbeteiligung die geplante massive Einschränkung von Klagerechten, verdeutlicht durch die Ankündigung „die Rechtsschutzmöglichkeiten für Umweltverbände künftig nur noch dort zur Anwendung kommen zu lassen, wo kein überwiegendes oder gar überragendes Interesse an bestimmten Projekten besteht.“ Dies halten wir für völkerrechtswidrig und würde die Grundintention des Naturschutzes vollends ins Absurde führen. Wir müssen davon ausgehen, dass nach dem Vorbild des LNG- Beschleunigungsgesetzes, aber auch bekannt gewordenen Überlegungen des Bundesverkehrsministeriums in Bezug auf den Neubau von Fernstraßen künftig inflationär von dieser Kategorisierung Gebrauch gemacht werden würde. Wirksamer Rechtsschutz würde praktisch überall unmöglich, der Naturschutz entkernt. Es steht zu befürchten, dass dies insbesondere dort zur Anwendung kommen würde, wo Konflikte mit dem Natur- und Artenschutz besonders erwartbar sind. Klagen von Naturschutzvereinigungen werden im Interesse der Öffentlichkeit und der Generationengerechtigkeit geführt und stellen ein wichtiges Element von Rechtsstaatlichkeit dar.

Wir appellieren an Sie als Deutschlands größter Umweltverband mit fast 1 Million Mitgliedern und Förderern daher eindringlich an Sie von den oben erwähnten

Maßnahmen im geplanten Pakt Abstand zu nehmen. Bürger*innenbeteiligung und Umweltstandards sind nicht das Problem, sondern ein Teil der Lösung, wenn es um die Modernisierung Deutschlands geht. Auf dieser Grundlage wären wir sehr an einem direkten Austausch auf Bundes- und Landesebene interessiert, um Wege zu einer wirklich nachhaltigen Beschleunigung zu identifizieren, damit die notwendige technische, wie auch die erforderliche grüne Naturschutz-Infrastruktur für Deutschland schnell realisiert werden kann. Planungs- und Genehmigungsverfahren zu verbessern und zu beschleunigen kann kein einseitiges staatliches Vorhaben sein, sondern muss gesamtgesellschaftlich getragen werden. Hierfür übernehmen wir gerne Mitverantwortung.

Selbstverständlich stehen wir für einen direkten Austausch und für Rückfragen jederzeit bereit.

Mit freundlichen Grüßen



Jörg-Andreas Krüger
NABU-Präsident



Katja Alsleben
Vorsitzende NABU Sachsen-
Anhalt



Rainer Altenkamp
Vorsitzender NABU Berlin



Holger Buschmann
Vorsitzender NABU
Niedersachsen



Björn Ellner
Vorsitzender NABU Brandenburg



Johannes Enssle
Vorsitzender NABU
Baden-Württemberg



Jan Göldner
Vorsitzender NAJU



Cosima Lindemann
Vorsitzende NABU
Rheinland-Pfalz



Dr. Julia Michely
Vorsitzende NABU Saarland



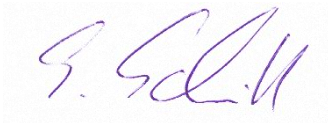
Dr. Heide Naderer
Vorsitzende NABU Nordrhein-
Westfalen



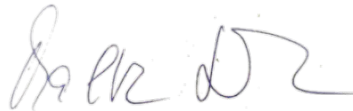
Gerd Richter
Vorsitzender NABU Bremen



Martin Schmidt
Vorsitzender NABU Thüringen



Stefan Schwill
Vorsitzender NABU
Mecklenburg-Vorpommern



Malte Siegert
Vorsitzender NABU Hamburg



Maik Sommerhage
Vorsitzender NABU Hessen



Dagmar Struß
Stellv. Vorsitzende NABU
Schleswig-Holstein



Maria Vlaic
Vorsitzende NABU Sachsen